

Die dunklen Seiten

Man könnte die Forderung des thüringischen AfD-Vorsitzenden Björn Höcke nach einer 180-Grad-Wende in der deutschen Erinnerungskultur auf sich beruhen lassen. Sogar in seiner eigenen Partei trifft er damit nicht auf einhellige Zustimmung – unabhängig davon, ob dieser Widerspruch nun tatsächlich in der Sache begründet oder taktischer Natur ist. Höcke ist ein politischer Provokateur – und insofern muss man sich bei ihm nicht länger als notwendig aufhalten.

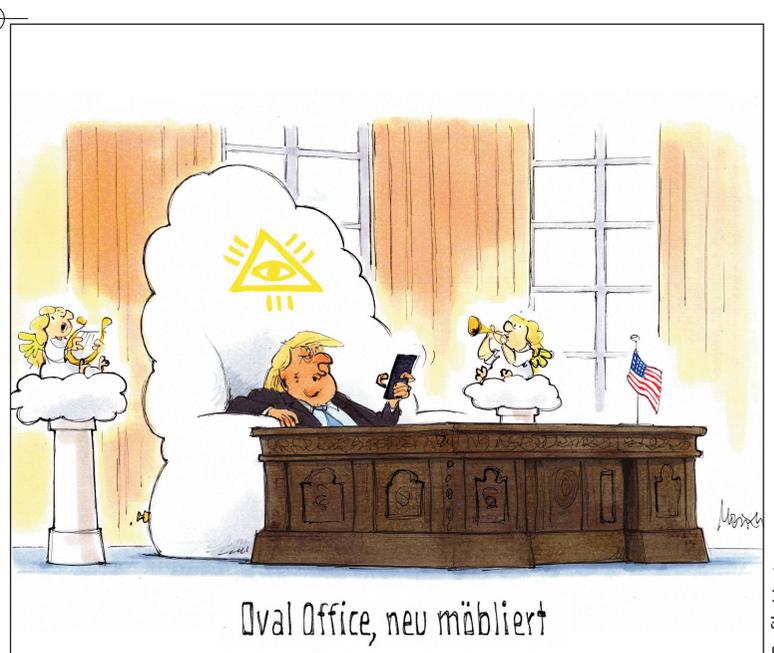
Und trotzdem: Seine Frontalkritik am Berliner Holocaustdenkmal trifft einen elementaren Punkt im deutschen Selbstverständnis. Im Herzen der Hauptstadt, wenige Meter vom Brandenburger Tor entfernt steht dieses Denkmal – das ist durchaus keine Selbstverständlichkeit. Betonblöcke, dicht beieinander, man kann sie als Grabsteine oder auch als Steinsärge deuten, symbolisieren einen schier grenzenlosen Friedhof. Jeder unscheinbarere oder abgelegene Ort eines solchen Denkmals am Rande Berlins wäre dagegen eine erneute Versündigung an den Opfern der Shoah gewesen.

Kritiker der deutschen Erinnerungskultur möchten einen

Schlussstrich ziehen, wo es keinen Schlussstrich zu ziehen gibt. Sie sehen in der praktizierten Erinnerungskultur etwas, das erniedrigt und kleinmacht, was „gesunden“ Patriotismus verunmöglicht. Dabei ist das Gegenteil der Fall: Das offene Bekenntnis zur eigenen Schuld macht Selbstbewusstsein nach den monströsen Verbrechen der Vergangenheit erst wieder möglich.

Im Grunde haben wir es hier mit etwas Ähnlichem zu tun wie bei Buße und Beichte: Das Bekenntnis zur begangenen Schuld macht Lossprechung und damit individuellen und kollektiven Neuanfang möglich. Derjenige, der seine Schuld bekennt, wird nicht im Bewusstsein, schuldig geworden zu sein, gefangen gehalten, sondern er erfährt Vergebung, Befreiung.

Ob die betreffenden Personen es annehmen und verstehen oder nicht: Gerade das ungeschminkte Bekenntnis zur im Holocaust auf sich geladenen Schuld hat Deutschland weltweit viele Sympathien eingebracht. Sein Umgang mit der eigenen menschenverachtenden Vergangenheit wurde für andere Länder geradezu zum Vorbild für den Umgang mit den jeweils eigenen dunklen Seiten. Klaus Nientiedt



Grafik: Mester

Politisches Signal

Ein verheerendes Zeichen an die kirchlich getragene Friedensarbeit und die Öffentlichkeit“, nennt es der Diözesanrat in seinem Brief an den Freiburger Erzbischof. Und Pax Christi selbst bittet Stephan Burger, seinen Einfluss geltend zu machen, „dass die für das Jahr 2018 geplante Streichung des finanziellen Zuschusses des Verbands der Deutschen Diözesen (VDD) an Pax Christi zurückgenommen wird“.

Ab 2018 will der VDD die Friedensbewegung Pax Christi von der Liste derer streichen, die Zuschüsse aus Kirchensteuern erhalten. Für die deutsche Pax-Christi-Sektion geht es beim Sparplan der Bischöfe konkret

um 60 000 Euro im Jahr – ein erheblicher Betrag vor dem Hintergrund, dass die Friedensbewegung angibt, rund 80 Prozent der Mittel für ihre bundesweite Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden aufzubringen.

Nicht zufällig wird dieser Tage betont, wie wichtig das grenzüberschreitende europäische und weltweite Engagement der Kirchen ist (siehe auch Interview Seiten 3/4). Dem sollten die Verantwortlichen entsprechen, wenn es um die ideelle und finanzielle Unterstützung von Institutionen und Projekten geht. Geld gezielt einzusetzen ist nämlich durchaus ein politisches Signal. Brigitte Böttner

Inhalt

Kirche und Welt	3 – 5
Erzbistum	6 – 15
Kirchenjahr / Glaube	16 – 19
Titel	20 – 21
Interview	22 – 23
Aktuell	24 – 25
Kultur/Medien	26 – 29
Roman	30 – 31
Leser-Service	32 – 37
Leserbriefe	33
Impressum	37

So erreichen Sie uns

Abonnentenservice (07 21) 95 45-2 33
Redaktion Konradsblatt
Postfach 21 02 48, 76152 Karlsruhe
Telefon (07 21) 95 45-2 01, Fax -2 10
E-Mail redaktion@konradsblatt.de

Pressestimmen

Frankfurter Allgemeine

Über den Priestermangel und seine Folgen schrieb die „FAZ“:

„Der Priestermangel in Deutschland wird sich in den kommenden Jahren noch beschleunigen – und das so sehr, dass nach konservativen Schätzungen schon bald nicht einmal mehr die nach Kirchenrecht an das Priesteramt gebundenen Leitungspositionen in der Seelsorge und in der Verwaltung noch halbwegs qualifiziert besetzt werden können. Die Priester aus Indien, Polen und Afrika (...) kommen für solche Aufgaben kaum in Betracht. Kirche (...) schafft sich ab.“

Süddeutsche Zeitung

Zur Gedenkstunde des Bundestages an die Opfer Nazideutschlands meinte die „Süddeutsche Zeitung“:

„Es gibt in Deutschland wieder Menschen, die behaupten, es sei falsch, ja ‚schändlich‘, der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Und es gibt Parteien, die derlei menschenverachtendes Geschwätz in ihren eigenen Reihen tolerieren. Wer (...) im Bundestag das Erinnern an die Opfer der Euthanasiepolitik Nazideutschlands erlebt hat, kann diesen aggressiven Vergessern und Ignoranten niemals seine Stimme geben.“

Christ & Welt

Zum Berliner Staatssekretär Andrej Holm schrieb „Christ und Welt“:

„Holm wurde in eine Gesellschaft hineingeboren, in der Eltern, Schule und Vorgesetzte ihm vorlebten, wie er sich zu verhalten hat. Die Kollektiverfahrung relativiert nicht die individuelle Schuld des Einzelnen, stellt jedoch die Lebensläufe einer ganzen Generation unter Verdacht (...) Die Deutschen denken oft nur das Schlechteste von Politikern und wünschen sich gleichzeitig den chemisch gereinigten Volksvertreter, zu dessen strahlender Reinheit sie aufschauen können.“